



BERLINER INFORMATIONSDIENST

→ zur Steuerpolitik

→ TOP-ISSUES

VERHANDLUNG ZUR ERBSCHAFTSTEUER VOR DEM BUNDESVERFASSUNGSGERICHT

Am vergangenen Dienstag, den 08.07.2014 hat das Bundesverfassungsgericht die Erbschaftsteuer verhandelt. Erwartungsgemäß wurde kein Urteil gesprochen, sondern klärungsbedürftige Fragen erörtert. Das Bundesverfassungsgericht prüft das erst 2009 reformierte Erbschaft- und Schenkungsteuergesetz in Gänze wegen möglichen Verstoßes gegen den allgemeinen Gleichheitsgrundsatz. Ein Urteil ist im Herbst dieses Jahres zu erwarten. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 3](#)

DIW-STUDIE: ERBSCHAFT- UND SCHENKUNGSTEUERPOTENTIAL WIRD ÜBERSCHÄTZT

Am vergangenen Dienstag, den 08.07.2014 veröffentlichte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) im Auftrag der Bundestagsfraktion der Grünen eine Studie zu Aufkommens- und Verteilungswirkungen von Reformalternativen für die Erbschaft- und Schenkungsteuer. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 5](#)

GABUN UNTERZEICHNET INTERNATIONALES ABKOMMEN ZUR GEGENSEITIGEN AMTSHILFE IN STEUERSACHEN

Mit der Unterzeichnung des internationalen Abkommens der OECD zur gegenseitigen Amtshilfe in Steuersachen durch Gabun am 03.07.2014 ist das Land nun der 66. Unterzeichnerstaat (u. a. neben Belgien, Deutschland, den Niederlanden, der Schweiz, Singapur und den USA).

Hintergrund: <http://goo.gl/Xyuy5i>

TREFFEN DES EU-RATES DER WIRTSCHAFTS- UND FINANZMINISTER: ZINSBESTEUERUNG MIT EUROPÄISCHEN DRITTLÄNDERN

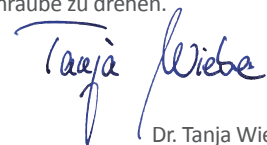
Am vergangenen Dienstag, den 08.07.2014 hat sich der EU-Rat der Wirtschafts- und Finanzminister getroffen, um u. a. über den Stand der Vereinbarungen zur Zinsbesteuerung mit europäischen Drittländern zu beraten (siehe hierzu u. a. BID Steuerpolitik 2014.18).

Hintergrund: <http://goo.gl/GMV1PC>

EDITORIAL

Liebe Leser,

die Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht zur Erbschaftsteuer hat begonnen. Auch wenn keiner den Ausgang des Verfahrens kennt, auch wenn eine rückwirkende Nichtigkeit des Gesetzes nach wie vor nicht zu erwarten ist – das Bundesverfassungsgericht zweifelt die Verfassungsmäßigkeit der Verschonung von Betriebsvermögen an. Auf dem Prüfstand stehen insbesondere die Lohnsummenregelung, die Regelung zum Verwaltungsvermögen und die Verschonung von Kapitalgesellschaften. Eine erneute Reform des Erbschaft- und Schenkungsteuerrechts erscheint unumgänglich. Es bleibt lediglich abzuwarten, wie der Auftrag an die Politik aussehen wird – Systemwechsel oder „nur“ Nachbessern einzelner Regelungen. Ersterer wird unter anderem vom Vizepräsidenten des Bundesfinanzhofes, Ulrich Viskorf, gefordert, indem auf Vermögen ein Steuersatz von 10 % ohne Ausnahmen erhoben wird. Allerdings kommt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in einer aktuellen Studie zu dem Ergebnis, dass eine deutliche Steigerung des Steueraufkommens nicht durch ein Niedrigsteuermodell zu erreichen sei, sondern sowohl eine Streichung der Vergünstigungen für Betriebsvermögen als auch eine deutliche Senkung der persönlichen Freibeträge für nahe Angehörige erfordern würde. In der Vergangenheit hat sich zudem immer wieder erwiesen, dass es ein Leichtes ist, an der Steuersatzschraube zu drehen.



Dr. Tanja Wiebe, LL.M.
Managing Director FinTax policy advice

PROBEABONNEMENT

Sie lesen hier die auf die ersten beiden Seiten gekürzte lite-Version des BID. Gerne bieten wir Ihnen an, die vollständige Ausgabe kostenlos und unverbindlich für 4 Wochen zur Probe zu bestellen. Weitere Informationen hierzu auf [Seite 3](#).

CONTENT

→ TOP-ISSUES 1 – 9

→ OUTGOING 10 – 11

vom 07.07. bis 11.07.2014

2. Beratung des Bundesrats zum Gesetz zur Anpassung des nationalen Steuerrechts an den Beitritt Kroatiens zur EU und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften

u. a.

→ BFH-ENTSCHEIDUNGEN 12 – 13

vom 09.07.2014

→ BMF-SCHREIBEN 14

vom 04.07. bis 10.07.2014

→ STATUS 15 – 23

zum 11.07.2014

Gesetz zur Anpassung von Gesetzen auf dem Gebiet des Finanzmarktes

Gesetz zu dem Abkommen vom 09.09.2013 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik der Philippinen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Eckwertebeschluss der Bundesregierung zum Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2015 und zum Finanzplan 2014 bis 2018 sowie zum Sondervermögen „Energie- und Klimafonds“

... sowie weitere Gesetze

→ UPCOMING 24

vom 12.07. bis 18.07.2014

Bundestag: keine Sitzung, nächste Sitzung 08.09. - 12.09.2014

Bundesrat: keine Sitzung, nächste Sitzung 19.09.2014

Stakeholder: keine steuerpolitisch relevanten Termine

ANTRAG DER GRÜNEN ZUR BEKÄMPFUNG DES UMSATZSTEUERBETRUGES

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat die Bundesregierung am 03.07.2014 in einem Antrag aufgefordert, mehr gegen Umsatzsteuerbetrug zu tun. Nach Auffassung der Grünen liege die jährliche Umsatzsteuerlücke, also die Differenz zwischen der geschuldeten Mehrwertsteuer und dem tatsächlich eingezogenen Betrag, in der Bundesrepublik deutlich im zweistelligen Milliardenbereich. Ursächlich für diese Differenz sei u. a. der Umsatzsteuerbetrug. (...)

Den vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 6](#)

STÄDTE- UND GEMEINDEBUND FORDERT UMSETZUNG DER REFORM DER GRUNDSTEUER

Am 24.06.2014 fand eine Sitzung des Präsidiums des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) statt. Dabei forderte der kommunale Spitzenverband den Bund und die Länder auf, die Reform der Grundsteuer noch in dieser Legislaturperiode – nach jahrelangen Reformdiskussionen – umzusetzen. Gleichzeitig kritisierte der Verband die im Reformprozess formulierte Voraussetzung der Aufkommensneutralität einer Grundsteuerreform. Im Jahr 2013 betrug die bundesweiten Einnahmen aus der Grundsteuer nach Angaben des Statistischen Bundesamtes rund 12 Mrd. Euro. Damit ist die Grundsteuer – nach der Gewerbesteuer – die zweitwichtigste kommunale Steuer mit eigenem Hebesatzrecht. Gerade vor dem Hintergrund der angespannten Finanzlage vieler Städte und Gemeinden könne die Grundsteuer zu einer Konsolidierung der kommunalen Finanzlage beitragen, heißt es in der Pressemitteilung des DStGB. (...)

Die vollständigen Artikel erhalten Sie als Abonnent auf [Seite 8](#)

Die weiteren Themen in dieser Ausgabe:

BFH: VERBILLIGTER ERWERB VON AKTIEN ALS ARBEITSLOHN

Diese Artikel erhalten Sie als Abonnent ab [Seite 9](#)

DER BERLINER INFORMATIONSDIENST ZUR STEUERPOLITIK

erscheint in Kooperation mit der auf Steuerpolitik spezialisierten Beratung FinTax policy advice. FinTax policy advice berät an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung in dem Bereich der Steuer- und Finanzpolitik. Das Leistungsportfolio reicht vom Monitoring z. B. aktueller Gesetzgebungsverfahren über die Analyse steuer- und finanzpolitischer Sachverhalte bis hin zur Beratung der strategischen Vorgehensweise. Die Leistungen werden individuell auf die Bedürfnisse des Kunden zugeschnitten und zeichnen sich durch Objektivität sowie Neutralität aus. Auf Basis eines Netzwerks auf nationaler und internationaler Ebene unterstützt FinTax Unternehmen, Institutionen und Verbände. Insbesondere auch Gruppen, die in Deutschland keine ausreichende Vertretung haben, z. B. ausländische Investoren, gehören zum Kundenkreis.

www.fintax-pa.de



BESTELLFAX AN 030. 290 21 11 4 - 30



PROBEABONNEMENT

ODER FORMLOS PER MAIL AN MAIL@BID.AG

Hier können Sie kostenlos und unverbindlich den Berliner Informationsdienst für zwei Ausgaben für Probe bestellen. Im Anschluss endet das Probe-Abonnement automatisch und Sie können uns entweder über die kostenlose lite-Variante verbunden bleiben oder sich über das kostenpflichtige Abonnement der Vollversion den vollen Monitoring Service des Berliner Informationsdienstes sichern. Das Abonnement kostet monatlich 200 Euro zzgl. MwSt. und wird quartalsweise abgerechnet, wobei das Quartal, in dem das Abonnement beginnt, anteilig berechnet wird.

Bitte senden Sie mir kostenlos und unverbindlich die folgenden Ausgaben des Berliner Informationsdienstes für vier Wochen zur Probe:

- Berliner Informationsdienst zur **ENERGIEPOLITIK**
- Berliner Informationsdienst zur **GESUNDHEITSPOLITIK**
- Berliner Informationsdienst zur **NETZPOLITIK**
- Berliner Informationsdienst zur **STEUERPOLITIK**

Ich interessiere mich für die folgenden Politikfelder und bitte um Zusendung eines Angebotes für ein individualisiertes Monitoring:

- **VERKEHRSPOLITIK**
- **SICHERHEITSPOLITIK**
-

Unternehmen/Institution

Ansprechpartner

Funktion

Telefonnummer

E-Mail-Adresse (an die der BID zugestellt werden soll)

PARLIAMENTARY MONITORING & POLITICAL INTELLIGENCE

Nehmen Sie den Berliner Informationsdienst gerne wörtlich: Wir bieten Ihnen alle Informationen für das politische Berlin als professionelle Dienstleistung. Wir reduzieren die tägliche Informationsflut auf das Elementare – den politischen Prozess – und bieten ein intelligentes politisches Monitoring für Politikberatungen, Unternehmen, Verbände, NGOs, aber auch politische Entscheidungsträger. Pünktlich zu den Sitzungswochen des Bundestages und Bundesrates bietet der BID branchenspezifisch die Positionen der politischen Akteure und Key Stakeholder zu den Top-Themen der Woche, detaillierte Informationen über parlamentarische Initiativen und Prozesse der Parlamentswoche, den Stand aktueller Gesetzgebungsprozesse und einen Ausblick auf alle politikfeld-relevanten Termine. Der BID informiert über die relevanten Entscheidungen in Bundestag, Bundesrat, Regierung und die Positionen der politischen Akteure und direkten Stakeholder. Der Berliner Informationsdienst erscheint für die Themenfelder Energiepolitik, Gesundheitspolitik, Netzpolitik sowie Steuerpolitik und wird herausgegeben von dem think tank polisphäre.

Weitere Informationen finden Sie unter: www.bid.ag

REDAKTION

Für allgemeine Fragen zum Berliner Informationsdienst steht Ihnen die Chefredakteurin zur Verfügung:

Dr. Sandra Busch-Janser
sbj@bid.ag, 030.290 21 11 4 - 22

Inhaltliche Fragen beantwortet Ihnen gerne Ihr persönlicher Ansprechpartner:

für Energiepolitik:
Moritz Hunger, mh@bid.ag, -20

für Gesundheitspolitik:
Roberta Wendt, rw@bid.ag, -23

für Netzpolitik:
Aylin Ünal, au@bid.ag, -21

für Steuerpolitik:
Dr. Tanja Wiebe, tw@bid.ag, -20

IMPRINT

Berliner Informationsdienst
in Kooperation mit Verlag Der Tagesspiegel GmbH
Askanischer Platz 3
10963 Berlin
www.bid.ag